

# DER HAUPTSTADTBRIEF

130. Ausgabe | 2015    INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

17. Jahr | 5 Euro



## Die unendliche Geschichte geht weiter

Die Politik hat die Eurorettung in Endlosschleife erfunden:  
Immer, wenn sie vermeintlich erreicht ist, wird sie erneut vertagt,  
und das Schauspiel geht von vorne los. Aufregung in Permanenz.

**Kai Konrad: Griechenlandrettung – Deadline auf Rädern**

**Philipp Bagus: In Sachen Griechenland verlieren Retter und Gerettete**

**Roland Tichy: Bargeld – eine Bastion der Freiheit**

**Jens Weidmann: Bargeld ist zu Recht beliebtes Zahlungsmittel**

**Stefan Aust: Berlin, trotz alle deine Fehler lieb ick dir**



**Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) und Autor zahlreicher Europa-Bücher. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Europäische Armee ist.

## Die Europäische Armee braucht nur eines – den gemeinsamen politischen Willen

Die Idee supranationaler Sicherheit tauchte bereits in den Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische Besatzung auf. 70 Jahre später wäre sie ein kraftvolles Symbol europäischer Wertegemeinschaft | Von Werner Weidenfeld

Im Frühjahr 2015 erregte die Meldung große Aufmerksamkeit, der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordere die Schaffung einer Europäischen Armee. Sie erhielt einen geradezu sensationellen Beigeschmack, als etliche Spitzenpolitiker ihm öffentlich zustimmten, unter ihnen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die einzige Einschränkung lautete: Aber erst langfristig realisierbar.

Ob sich die Europäische Union jedoch wirklich so viel Zeit lassen kann, sollte ihre Führung angesichts der neuen Sicherheitslage sorgfältig bedenken. Der Krieg

ist viel näher an Europa herangerückt. Der Terror schließt keinen Kontinent, keine Region, keinen Ort aus. Die Bürger begreifen das längst. Das empirische Datenmaterial belegt es: Auf die Frage, wozu man die Integration der EU brauche, steht seit einiger Zeit auf Platz 1 der Notwendigkeiten: die Sicherheit. Vor diesem Hintergrund – neue Sicherheitslage und neue Einstellung der Bürger – erscheint es höchst zweifelhaft, ob sich die Führung eine solche Zögerlichkeit leisten kann. Die Daten spre-

chen dafür, die Forderung von Jean-Claude Juncker unmittelbar operativ anzugehen.

Juncker begründet sein Konzept präzise: „Eine gemeinsame Europäische Armee würde der Welt zeigen, dass es zwischen den EU-Ländern nie wieder Krieg gibt. Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. Mit einer eigenen Armee könnte Europa glaubwürdig auf eine

*Der Krieg ist viel näher  
an Europa herangerückt.*

*Der Terror schließt*

*keinen Kontinent, keine Region,  
keinen Ort aus.*

“ Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren.“ (Welt am Sonntag vom 8. März 2015, Seite 6.)

Dieser gut begründete strategische Ansatz des EU-Kommissionspräsidenten fand allerdings nicht nur Zustimmung wie die seitens der Bundesregierung, die eine solche Perspektive bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, sondern auch strikte Ablehnung wie die seitens der britischen Regierung. Aus London war zu hören, eine gemeinsame Armee der Europäer komme nicht in Frage angesichts der unterschiedlichen Strategien, Einsatzbeschränkungen und Parlamentsvorbehalte. Der europäische Dissens ist also greif-



IMAGO/ZUMA/PRESS

**EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordert die Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Armee: „Sie würde der Welt zeigen, dass es zwischen den EU-Ländern nie wieder Krieg gibt. Eine solche Armee würde uns helfen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und die Verantwortung Europas in der Welt wahrzunehmen. Mit einer eigenen Armee könnte Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitgliedsland oder in einem Nachbarland der Europäischen Union reagieren.“**

bar: Die einen machen pragmatisch die Effizienzsteigerung und die Finanzeinsparungen durch die Europäische Armee geltend – meist „pooling and sharing“ genannt –, während die anderen wie Großbritannien eine fehlende strategische Übereinstimmung gegen das Projekt ins Feld führen.

Bei der Ablehnung wird übersehen, dass der Lissabon-Vertrag vorsieht, für solche Projekte eine Integration mit nur einem Teil der Mitgliedsstaaten zu organisieren. Es sollten also nur jene Staaten die Europäische Armee tragen, die sich in kompletter strategischer und organisatorischer Übereinstimmung befinden. Man nennt diesen Ansatz, der in anderen Feldern bereits alltägliche Routine geworden ist, „differenzierte Integration“ oder in der Vertragssprache zur Sicherheitspolitik „ständige

strukturierte Zusammenarbeit“. Die Ablehnung Großbritanniens, die bei etlichen anderen Projekten wie der Währungsunion oder dem Schengen-Abkommen bereits gang und gäbe ist, muss und kann also das Projekt nicht blockieren.

Der Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Armee spielt zudem auf einer höheren Ebene politischer und historischer Bedeutsamkeit als das pragmatische Klein-Klein, das uns aus dem integrationspolitischen Alltag bestens und manchmal leidvoll bekannt ist. Es geht um den wirksamen, kraftvollen Ausdruck, den die Symbolsprache für den Wahrnehmungshorizont einer Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Seit dem Zweiten Weltkrieg begleitet diese Symbolsprache Europa – nicht erst seit dem Vorschlag des Jean-Claude Juncker.

Bereits im Nachdenken der Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische Besatzung tauchte die Idee supranationaler europäischer Sicherheit für die Nachkriegsordnung auf. Dann beim ersten großen Treffen der Europäischen Bewegung zum Haager Kongress (7. bis 10. Mai 1948) bis hin zum großen Durchbruch, dem Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Am 27. Mai 1952 unterzeichnete auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jenen Vertrag, der eine Europäische Armee und einen Europäischen Verteidigungsminister vorsah. Höchst relevant waren in diesem Vertragswerk auch die präzisen Angaben zur operativen Verbindung von EWG und NATO – ein Sachverhalt, dessen Definition bis heute sehr bedeutsam ist.

Nach dem dramatischen Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung 1954 blieb das Projekt einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik über etliche Jahre tabuisiert. Das Thema geriet erst wieder auf die Tagesordnung, als die weltpolitischen Ereignisse wie der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag 1968 eine europäische Antwort forderten. Man schuf Anfang der 1970er-Jahre – ohne Vertragsgrundlage – die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die erfolgreich eine außenpolitische Kooperation organisierte. Dieser EPZ wurde erst 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) der Vertragsrang verliehen. Als Nachfolgerin wurde dann mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht im November 1993 die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kreiert, die dann von Vertrag zu Vertrag ausgebaut und vertieft wurde.

Ein entscheidender Anstoß dazu kam von einem eindrucklichen Erlebnis, das Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher Anfang 1991 im Weißen Haus in Washington hatten, dessen Zeuge ich wurde. Helmut Kohl sprach mit großem Nachdruck fast eine Stunde lang auf US-Präsident

George Bush ein. Es werde zu dramatischen und tragischen Kriegen auf dem Balkan kommen, mit vielen Tausenden Toten. Die einzige Möglichkeit, dieses Drama zu vermeiden, sei gegeben, wenn die US-Streitkräfte in Südosteuropa in Erscheinung träten. Die USA sollten ihre Flugzeugträger vor der dortigen Küste stationieren. Dies sei die einzige Sprache, die man dort verstehe.

Präsident Bush drehte sich zu seinem Vize-Außenminister und Balkan-Experten Lawrence Eagleburger um: „Larry, what can we do?“ Eagleburger antwortete: „Nothing“. Bush bemerkte zu Kohl, er habe es gehört. Amerika werde also nichts tun: „It is a European affair!“ Die deutsche Seite war geschockt. Erstmals

*Das Projekt einer Europäischen Armee beginnt heute nicht am Nullpunkt. Die EU ist ja seit geraumer Zeit bereits auf dem Weg.*

„ seit Ende des Zweiten Weltkrieges sagten die USA angesichts einer drohenden militärischen Gefahr: „It is a European affair.“ Und Europa in Gestalt der EU war sicherheitspolitisch

auf eine solche Herausforderung in keiner Weise vorbereitet. Das musste nun so bald wie möglich geändert werden. Noch auf dem Rückflug wurden Initiativen zum Ausbau der europäischen Sicherheitspolitik ergriffen.

Diese Grundkonstellation ist auch heute gegeben: Nirgendwo ist garantiert, dass die USA in jeder Konfliktlage der Europäischen Union sicherheitspolitisch unter die Arme greifen. Und nirgendwo ist garantiert, dass die EU nicht bei Angriffen von außen schützend eingreifen muss, die ihre eigene Existenz bedrohen. In diesem Licht bedeutet die Forderung von Jean-Claude Juncker beides: sowohl die Komplettierung einer wichtigen Traditionslinie der Integration Europas als auch die Steigerung sicherheitspolitischer Effektivität und nicht zuletzt die kraftvolle Artikulation europäischer Symbolsprache: So versteht sich eine Wertegemeinschaft.

Natürlich löst eine solche anspruchsvolle und mutige Idee einer Europäischen Armee eine

kontroverse Debatte aus. Von manchen Akteuren wird der Vorschlag hektisch weggewischt. Dabei wird vieles Substantielles übersehen:

**Punkt 1:** Ein solches Projekt beginnt heute nicht am Nullpunkt. Die EU ist ja seit geraumer Zeit bereits auf dem Weg. Was 1970 als Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) begann, dann 1986 in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) auf Vertragsebene gehoben wurde, ist dann mit jedem weiteren Vertrag in immer intensivere normative Regeln gefasst und mit diversen sicherheitspolitischen Instrumenten ausgestattet worden. So gibt es inzwischen den Militärstab der EU (EUMS), die Politisch-Militärische Gruppe (PMG), das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), den Militärausschuss der EU (EUMC) und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Es gibt außerdem zahlreiche Kooperationen der Streitkräfte in Europa. Die Europäische Verteidigungsagentur listet dazu rund 80 Projekte auf. Etwa 20 militärische Einsätze auf der EU-Grundlage hat es bisher gegeben. Im Jahr 2003 einigte sich die EU auf eine – wenn auch höchst allgemein gehaltene und höchst unzulängliche – Sicherheitsstrategie.

**Punkt 2:** Die verschärfte globale Sicherheitslage hat die Verteidigungsminister von Deutschland, Frankreich und Polen in einem gemeinsamen Brief an den Europäischen Rat eine verstärkte sicherheitspolitische Ausrichtung der EU fordern lassen. Es sei nötig, dass die Verteidigung eine Priorität auf der europäischen Agenda haben sollte. Eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie und schlagkräftige Battle Groups stehen auf ihrer Liste. Gemeinsam will man eine neue Drohne bauen. Einen Konflikt mit der NATO soll es nicht geben: „Wir brauchen eine starke und leistungsfähige europäische Säule innerhalb der NATO.“ Es geht also um eine komplementäre Sicherheitspolitik von NATO und EU. Dieser Brief erhielt dann die zusätzliche Unterschrift der

Außenminister, um das Gewicht dieser Vorlage für den nächsten Sicherheitsgipfel noch zu steigern.

**Punkt 3:** Das, was wir nun „hybride Sicherheitspolitik“ nennen, geht weit über die klassische, konventionelle Militärpolitik hinaus. Es handelt sich um akute Bedrohungen wie Kämpfe ohne Hoheitsabzeichen, propagandistische Verwirrungsstrategien und Apologetik Fünfter Kolonnen, Nutzung von Infrastrukturschwächen offener Gesellschaften, Störung von interdependenten Strukturen wie Energieversorgung, Logistik, Verkehr, Rohstoffe, Cyber-Angriffe durch hochtechnologisch gerüstete Spezialabteilungen von Geheimdiensten und nichtstaatliche Terror-Netzwerke. Die Bedrohung ist so nahe nach Europa gerückt

*Bei der Schaffung  
der Europäischen Armee geht  
es um eine komplementäre  
Sicherheitspolitik  
von NATO und EU.*

und hat zuletzt schon die Computer des Deutschen Bundestags erreicht, dass bereits heute dringend eine europäische Risikovorsorge gefordert ist.

Der Schlüssel zur Lösung der Herausforderung unter der Überschrift „Europäische Armee“ wird weniger in den organisatorischen Details liegen, sondern in der Schaffung einer europäischen strategischen Kultur. Die gemeinsame Risiko-Analyse, die gemeinsame Präventionsperspektive, das gemeinsame Interessenkalkül, die gemeinsame Konfliktbeobachtung, die gemeinsame Sicherheitsreflexion, die gemeinsame Antizipation künftiger Konstellationen: Alles das macht die unverzichtbare „strategische Kultur Europas“ aus. Der nächste Gipfel sollte dazu die wichtigsten strategischen Köpfe Europas in eine Arbeitsgruppe berufen. Damit wäre ein entscheidender Schritt getan. Das bedeutet mehr, als nur einen weiteren Militärstab einzurichten. Es bedeutet, die historische Herausforderung anzunehmen, um sie bestehen zu wollen.



Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Werner Weidenfeld, ist Autor zahlreicher Europa-Bücher, ganz aktuell ist „Europa – eine Strategie“. Kösel Verlag, München 2014, 128 Seiten, 12 Euro.

